

#POLITIK #MINDESTLOHN 07. April 2015

Drei Monate Mindestlohn: Beginn einer Erfolgsgeschichte

Seit drei Monaten gibt es in Deutschland nun den gesetzlichen Mindestlohn. Und siehe da: das Land existiert noch. Und von einer massenhaften Zunahme der Arbeitslosigkeit, wie von manchen vorausgesagt, ist ebenfalls nichts erkennbar. Im Gegenteil. Der Mindestlohn vernichtet Jobs, so lautete die Voraussage. Die Arbeitsmarktstatistiken weisen aber rückläufige Arbeitslosenzahlen aus. Der normale Frühjahrsaufschwung wird also durch Mindestlöhne und seine Kontrollen offenbar keineswegs beeinträchtigt.



Seit drei Monaten gibt es in Deutschland nun den gesetzlichen Mindestlohn. Und siehe da: das Land existiert noch. Und von einer massenhaften Zunahme der Arbeitslosigkeit, wie von manchen vorausgesagt, ist ebenfalls nichts erkennbar. Im Gegenteil.

Der Mindestlohn vernichtet Jobs, so lautete die Voraussage. Die Arbeitsmarktstatistiken weisen aber rückläufige Arbeitslosenzahlen aus. Der normale Frühjahrsaufschwung wird also durch Mindestlöhne und seine Kontrollen offenbar keineswegs beeinträchtigt. Auch hat die Bundesagentur

für Arbeit jüngst errechnet, dass bis zu 900 Millionen Euro jährlich gespart werden können, weil dank des Mindestlohns künftig weniger Menschen ihren Lohn mit Hartz IV aufstocken müssen.

Mit dem gesetzlichen Mindestlohn hat Deutschland endlich Anschluss gefunden an die Mehrheit der EU-Länder: 20 von 28 haben eine gesetzliche Lohnuntergrenze. Und das ist auch weithin akzeptiert: 86 Prozent der Deutschen finden es gut, dass es den Mindestlohn gibt - und haben auch kein Problem mit eventuell steigenden Preisen in einigen Bereichen. Und auch die Arbeitgeber haben Grund, zufrieden zu sein: Wer ordentliche Löhne bezahlt, ist seit dem 1. Januar besser gegen Schmutzkonkurrenz geschützt.

Dennoch muss der Mindestlohn auch weiterentwickelt werden. Es gibt immer noch zu viele Umgehungsmöglichkeiten. Das zeigen die Anrufe bei der DGB-Mindestlohn-Hotline - rund 100 jeden Tag! Viele von ihnen belegen die große Phantasie mancher Arbeitgeber bei der Umgehung des Mindestlohns. Der DGB fordert deshalb zu Recht flankierende gesetzliche Maßnahmen.